

## **Kleine Anfrage**

**der Fraktion der FDP**

**betr. Wohnungsbau, Eigentumsbildung und Mietbeihilfen für die Bundeswehr**

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, auf Bauträger einzuwirken, daß Angehörige der Bundeswehr Eigentum dadurch erwerben können, daß
  - a) Einfamilienhäuser, die mit Hilfe von Bundesmitteln ohne Verkaufsaufgabe errichtet worden sind und
  - b) in geeigneten Fällen mit Bundesmitteln geförderte Stockwerkswohnungen an sie veräußert werden?
2. Welche Gründe sind dafür maßgebend, daß der Bundeswehr kein Mitspracherecht bei der Erstellung der Wohnungen eingeräumt wird, wodurch sich laufend Unzulänglichkeiten bezüglich der Innenausstattung und der Wohnungseinteilung für die späteren Mieter ergeben?
3. Ist die Bundesregierung bereit,
  - a) die Familienheimrichtlinien des Bundesministers für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung dahingehend abzuändern, daß einem länger dienenden Soldaten ein Eigenheim auch in dem Standort gefördert werden kann, in dem er nach Ausscheiden aus der Bundeswehr seinen Wohnsitz nehmen will,
  - b) mehr als bisher Einzimmerwohnungen für nichtkasernierungspflichtige alleinstehende Soldaten, Beamte oder Angestellte errichten zu lassen und die jetzt für die Zuteilung von Einzimmerwohnungen geltende Altersgrenze des vollendeten 35. Lebensjahres herabzusetzen,
  - c) die nach den Richtlinien des Bundesministers der Verteidigung an Angehörige der Besoldungsgruppen A 1 bis A 9 zu den Mieten ihrer dienstlich zugewiesenen

Wohnungen zu gewährenden Wohnungszuschüsse auch für Angehörige der Besoldungsgruppen A 10 und A 11 zuzulassen?

4. Ist die Bundesregierung bereit, alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, bei den verheirateten Soldaten die Versetzungshäufigkeit herabzumindern?

Bonn, den 29. Juni 1962

**Döring (Düsseldorf)**

**Kreitmeyer**

**Schultz**

**Dr. Supf**

**Dr. Mende und Fraktion**